

A 8612

DSTG *magazin*

Gewerkschaftsorgan der
Deutschen Steuer-Gewerkschaft
Juli/August 2019 · 68. Jahrgang

7/8



**Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft
wünscht Ihnen allen eine
schöne und erholsame Urlaubszeit!**



Liebe Kollegin, lieber Kollege,

auf den letzten Metern nimmt der „Grundsteuerzug“ jetzt Fahrt auf. Wir erinnern uns: Jahrzehntlang erfolgte bei den Immobilien keine neue Hauptfeststellung mehr, sodass im Westen Deutschlands die Grundstücke mit Werten „1964“ und im Osten mit Werten „1935“ zu Buche standen. Dieser Stagnation hat das Bundesverfassungsgericht im April letzten Jahres ein Ende bereitet. Bis zum 31. Dezember 2019 muss ein neues Bewertungsrecht her, so das höchste Gericht, sonst sei die Grundsteuer zunächst einmal Geschichte.

Nach 14 Monaten des Drehens und Wendens liegt nun ein Vorschlag der Großen Koalition und der Länder auf dem Tisch. Ein typischer Kompromiss: Im Grundsatz soll ein wertabhängiges Modell gelten, aber die Länder sollen in Zukunft eigene Modelle für ihren Bereich auflegen können. Hier hat sich die Hartnäckigkeit der Bayern durchgesetzt, die von Anfang an ein wertunabhängiges Modell, das sogenannte Flächenmodell, präferiert haben. Vermutlich werden sich weitere Länder der bayerischen Linie anschließen.

Aber halt: Noch ist das „Optionsmodell“ nicht in trockenen Tüchern. Seine Verwirklichung erfordert nämlich nichts weniger als eine Änderung des Grundgesetzes. Und dazu müssen jeweils zwei Drittel des Bundestages und des Bundesrates zustimmen. Benötigt werden also auch Stimmen der Opposition aus FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Die AfD propagiert die Abschaffung der Grundsteuer und einen Zuschlag auf die Einkommensteuer, sodass von dort keine Zustimmung zu erwarten ist.

Die Zustimmung von FDP und Grünen wird ihren Preis haben. Die FDP verlangt dem Vernehmen nach einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer bei Ersterwerben; angesichts der hohen Immobilienpreise und der Anhebung der Steuersätze in den meisten Bundesländern ein aus meiner Sicht richtiger Vorschlag. Und die Grünen wollen die „Betriebskostenverordnung“ im Mietrecht ändern und die Eins-zu-eins-Weitergabe der Grundsteuer an den Mieter beseitigt wissen. Diesen Vorschlag dürften viele Mieter sehr begrüßen, da diese dann nicht das Risiko einer Grundsteuererhöhung tragen müssen – jedenfalls nicht unmittelbar. Mit dem Druck der Kommunen im Nacken, die um ihre Grundsteuer fürchten, wird die Koalition bei der Konzeption Kompromisse eingehen müssen.

Für uns in den Finanzämtern ist entscheidend, dass wir nun endlich wissen wollen, wie es mit der Bewertung von Immobilien weitergeht und was wir konkret zu tun haben. Die Uhr läuft, und es kann nicht sein, dass auf unserem Rücken auf Zeit und um politische Macht gespielt wird. Im Arbeitsaufwand unterscheiden sich die beiden Modelle nicht so sehr, weil auch das Wertemodell auf vielen Pauschalen aufsetzt. Und beide Modelle setzen „Erklärungen“ der Eigentümer voraus, was sicher einen erheblichen Arbeitsaufwand bei den Finanzämtern bedeutet. Auch dürfte die Bewertung geschäftlicher Immobilien bei beiden Varianten sehr arbeitsintensiv sein.

Der Bundesfinanzminister hat in seinem Entwurf unsere Schätzung bestätigt, dass wir mehr als 3.000 zusätzliche Arbeitskräfte brauchen, plus Führungspersonal. Daher mein Appell an die Politik: Einigt euch jetzt rasch! Schluss mit dem Taktieren! Wir wollen endlich wissen, was wir in den nächsten fünf Jahren an Arbeit zu erledigen haben! Und macht das Ganze so, dass nicht Karlsruhe erneut einschreiten muss!

Mit herzlichen kollegialen Grüßen

Ihr

Thomas Eigenthaler,
Bundesvorsitzender

> DSTG

- ▶ DSTG-Stellungnahme gegenüber dem Bundesfinanzministerium: Umfangreiches „Artikel-Gesetz“ bringt Mehrarbeit in die Finanzämter 4
- ▶ Anhörung im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages: Praxis-sachverständig der DSTG war gefragt 6
- ▶ Kurz notiert 7
- ▶ DSTG Bundesjugend feiert 60. Geburtstag: Sprachrohr für 14.000 junge Beschäftigte 8
- ▶ Die DSTG hat einen neuen Internetauftritt: DSTG.de in neuem Design 9
- ▶ Frauenpolitische Fachtagung der dbb bundesfrauenvertretung: Geschlechtergerechtigkeit – da geht noch mehr! 10
- ▶ 44. Deutschlandturnier der Finanzämter: Ganz Münster im Zeichen des Finanzsports 12
- ▶ G-20-Finanzministertreffen in Fukuoka/Japan: DSTG begrüßt Pläne für internationale Mindestbesteuerung 13
- ▶ Aktion zum „Tag der Steuergerechtigkeit“: Jetzt ist die Jury am Zug 13
- ▶ DSTG-Bundesgeschäftsstelle auf großer Fahrt: Mit Muskelkraft durchs schöne Aartal 14
- ▶ Tauschcke 15

> dbb

- ▶ Meseberger Gespräch: Erwartungen beim KI-Einsatz nicht zu hoch schrauben 16
- ▶ Autobahn GmbH des Bundes: Tarifeinigung steht 17
- ▶ 4. dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST 18
- ▶ dbb akademie 22
- ▶ blickpunkt – Befristungen eindämmen: Der Staat ist kein gutes Beispiel 24
- ▶ arbeitnehmerrechte – Aktuelles Urteil des EuGH zur Zeiterfassung 27
- ▶ dbb jugend 28
- ▶ Frauenpolitische Fachtagung 2019 30
- ▶ senioren – Mehr Sicherheit im Online-Banking 34
- ▶ service für dbb mitglieder 38
- ▶ interview –Anja Karliczek, Bundesministerin für Bildung und Forschung 40
- ▶ drei fragen an ... Dr. Heinz Riesenhuber, Bundesminister für Forschung und Technologie a. D. 42
- ▶ reportage – Kernfusionsforschung in Greifswald: Der Sonne so nah 44